

Gemeindereform: Michael Feiertag Hinter den Kulissen



Mit 455 Gemeinden wurde bisher in 134 Verhandlungsrunden schon verhandelt. Jede Menge zu tun heißt es daher für die Expertinnen und Experten des Landes. Wir wollten von ihnen wissen, wie die Gemeindestrukturreform und vor allem die Verhandlungen des Landes mit den Gemeinden bislang hinter den Kulissen abgelaufen sind.

Montag, Mittwoch und Freitag – immer von 9:30 Uhr bis etwa 17:30 Uhr. So oft und so lange wurde bis in den Juli wöchentlich in Sachen Gemeindestrukturreform verhandelt. Pro Tag gab es immer drei bis vier Verhandlungstermine. Das Verhandlungsteam des Landes bestand in der Regel aus der Projektleiterin Doris Kampus, (bzw. Harald Grießer, beide von der Abteilung 7 Landes- und Gemeindeentwicklung des Landes Steiermark), aus Wolfgang Wlattnig, jetziger Leiter der Fachabteilung Gemeinden, Wahlen und ländlicher Wegebau bzw. einem Mitarbeiter der Fachabteilung sowie aus Vertretern der politisch zuständigen Büros. Im Büro von Landeshauptmann Franz Voves ist dafür Karin Boandl-Haunold, im Büro von LH-Vize Hermann Schützenhöfer Martin Latzka zuständig. Neben diesen Experten nahmen in Vertretung für die Gemeindereferenten regionale

Abgeordnete, die jeweilige Bezirkshauptfrau bzw. Bezirkshauptmann (als Moderator) und die eingeladenen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister (mit einem weiteren Vertreter der Gemeinde) teil.

Welche Gemeinden wurden zu diesen Verhandlungsrunden überhaupt eingeladen? Anhand des vom Landtag und der Regierung beschlossenen Leitbilds „Stärkere Gemeinden – Größere Chancen“ erstellte das Expertenteam des Landes Verhandlungskonstellationen. Diese richten sich vor allem nach dem Konzept der „Regionalen Gemeindezentren“. Verhandelt wurde in den Bezirkshauptmannschaften, die auch zu diesen Gesprächen einladen. Im Regelfall dauerten die Verhandlungsrunden eineinhalb bis zweiinhalb Stunden. Die Begrüßungen erfolgten durch die jeweiligen Bezirkshauptleute, darauf folgten kurze Statements der regionalen Abgeordneten

zur Notwendigkeit, Gemeindestrukturreformen umzusetzen.

Schließlich erörterte Projektleiterin Kampus den Vorschlag des Landes über die jeweiligen Gemeindezusammenführungen. Als Basis diente das Leitbild zur Gemeindestrukturreform und die darin dargestellten Kriterien. Aus diesem Leitbild erkennt man, dass vor allem die Lebensrealitäten (Wohin begeben sich die Menschen für ihre täglichen Besorgnisse - „Regionale Gemeindezentren“ Konzept), die finanzielle Situation, aber auch die Bevölkerungsentwicklung, raumordnungs- und infrastrukturelle Gesichtspunkte sowie bestehende Kooperationen und geographische Lagen für die Beurteilung der einzuladenden Verhandlungskonstellation herangezogen werden. Vorhandene Infrastruktureinrichtungen (z.B. Schulen, Kindergärten, Bauhöfe etc.), die oft gemeinsam genutzt werden, sind ebenso wichtige



Bild: S. Hofschläger / pixelio.de



Ansatzpunkte für eine neue Gemeindestruktur. Den Experten des Landes stand hier eine von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der A 7 ausgearbeitete, umfangreiche Expertise über die jeweilige Verhandlungskonstellation zur Verfügung. In diesen Abteilungen rauchen nun schon seit einigen Monaten die Köpfe ...

Regionale Gemeindezentren

Nach der Erläuterung des Landesvorschlages für eine Gemeindevereinigung kamen die eingeladenen Bürgermeister zu Wort, mit naturgemäß differenzierten Stellungnahmen. Nicht selten trat der Fall ein, dass die Bürgermeister des „Regionalen Gemeindezentrums“ eher mit dem Vorschlag einverstanden und seine Umlandgemeinden kritischer gestimmt waren. Hier folgte eine intensive Diskussion, in der sich auch die Experten der Gemeindereferenten zu Wort meldeten. Dabei wurde vor allem der Hintergrund dieser geplanten Maßnahmen verdeutlicht und nachdrücklich auf die Zukunftsfähigkeit der Gemeinden für die nächsten 30 bis 50 Jahre hingewiesen. Die letzte Gemeindereform in der Steiermark ist immerhin über 40 Jahre her.

Die Fragen der eingeladenen Bürgermeister richteten sich zu verschiedenen Themen. Oft war das aktive Vereinsleben ein Thema – aber die Vereine sollen ja gar nicht von der Gemeindestrukturreform betroffen

sein. Gibt es weiterhin engagierte ehrenamtliche Personen, die in den Vereinen tätig sind, spielen neue Gemeindegrenzen keine Rolle. Die Vereinsvielfalt wird von den Gemeindereferenten ausdrücklich begrüßt. Oft finden aber kleine Gemeinden für führende Funktionen in den Vereinen keine Nachfolger mehr. Auch Details über den neuen Ortsteilbürgermeister wurden erfragt und von den Experten beantwortet. Die weiteren Fragen reichten von der Identität der Gemeinde (und ob diese wohl erhalten bleibt) oder den Gebühren bis hin zu den Auswirkungen auf die Ertragsanteile. Auch die Vorteile von Gemeindezusammenführungen generell wurden dabei hinterfragt. Die Experten des Landes gingen auf diese Fragen fundiert ein.

Ortsnamen

Eine oft geäußerte Sorge richtete sich nach dem Erhalt der Ortsnamen. Dieser könne aber samt Ortstafel auch weiterhin bestehen bleiben, denn es gehe ja darum, die großen Vorteile einer gemeinsamen Verwaltung in stärkeren Kommunen zu nutzen, so die Experten. Schließlich gäbe es schon etliche sehr positive Beispiele aus der Vergangenheit, wo Gemeindezusammenführungen viele Vorteile gebracht haben, so zum Beispiel in der Gemeinde St. Margarethen an der Raab.

Ergebnisprotokoll

Nach der Diskussion gab es für die Erstellung eines Ergebnisprotokolls durch die Verhandlungsleitung eine kurze Unterbrechung. Das Protokoll las der Bezirkshauptmann bei Wiederaufnahme der Sitzung vor, die anwesenden Bürgermeister konnten Ergänzungen oder Änderungen einbringen. Schlussendlich wurde das Protokoll von allen Teilnehmern unterschrieben. Die Gemeindevorsteher bekamen dabei das Protokoll unmittelbar vor Ort ausgehändigt, um darüber in der nächsten Gemeinderatssitzung berichten zu können.

Verhandlungen zwischen den Gemeinden

Nach Abschluss dieser Verhandlungsgespräche befinden sich die Gemeinden nun in der Analysephase bzw. beginnen die Verhandlungen zwischen den Gemeinden, um gemeinsam eine neue, starke Gemeinde zu bilden. Für diese Analysephase stellt das Land auf Wunsch Koordinatoren bereit, die als Ansprechpersonen des Landes für die Gemeinden dienen, Besprechungen organisieren oder Experten vermitteln.